

16. Landtag von Baden-Württemberg, 122. Sitzung
Mittwoch, 24. Juni 2020, 10:00 Uhr

Rede

Innenpolitischer Sprecher

Thomas Blenke MdL

Zu

Gewaltexzesse in Stuttgart – Solidarität mit unserer Polizei

Es gilt das gesprochene Wort.

Thomas Blenke MdL:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Gewaltexzesse vom vergangenen Wochenende in Stuttgart machen uns wütend und fassungslos. Zerstörung von Geschäften, Plünderungen, Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte – das gleicht bürgerkriegsähnlichen Zuständen, und das scheinbar aus dem Off heraus.

Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizei und auch gegen Rettungskräfte, nicht zum ersten Mal, nehmen seit Längerem zu. Diese Explosion aus dem Nichts heraus ist allerdings so, in dieser Form neu. Wir dürfen da nicht wegsehen. Unser Mitgefühl gilt ganz besonders den verletzten Polizisten. Mögen sie alle schnell wieder gesunden!

Unser Dank gilt allen Polizisten, die in dieser Nacht im Einsatz waren, die übelste Behandlungen ertragen mussten und die alles gegeben haben, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Polizei kann erwarten, dass wir, die Politik, uns ohne Wenn und Aber vor sie stellen.

Baden-württembergische Polizisten identifizieren sich mit den Grundwerten der Demokratie, mit der offenen Gesellschaft, die sie schützen. Einzelne, individuelle Verfehlungen kann man in einer so großen Organisation nicht vermeiden. Sie werden aber auch nicht geduldet.

Polizeiarbeit ist nun mal gefahrgeneigt. Deswegen lernt bei uns in Baden-Württemberg jeder Polizeischüler von Anfang an, dass er in Ausübung seines Dienstes immer nur so viel Gewalt anwenden darf, wie unbedingt nötig ist. Das unterscheidet übrigens die Polizei im Rechtsstaat von der im Polizeistaat.

Jede pauschale Verurteilung oder Verunglimpfung unserer Polizei lehnen wir auf das Schärfste ab. Den vorläufigen Tiefpunkt hierzu hat die „taz“ mit ihrem widerlichen Beitrag geleistet, den ich ob des Grades der Widerlichkeit hier gar nicht zitieren werde. Die breite Mehrheit der Bevölkerung will eine starke Polizei, die für Recht und Ordnung sorgt und unseren freiheitlichen Rechtsstaat verteidigt. Wenn dann eine Regierung – das gehört zu dem Gesamtbild dazu – wie Rot-Rot-Grün in Berlin sagt, Vorwürfe gegen Polizisten müssen nicht belegt werden, sondern im Gegenteil der Polizist muss diese widerlegen, dann ist das das fatale Signal an die Bevölkerung: Die rot-rot-grüne Regierung misstraut ihrer eigenen Polizei. Wie sollen diese Polizisten für ihren Staat noch gradestehen?

Deswegen haben alle innenpolitischen Sprecher der Union in Deutschland gefordert, dass keine Polizei aus anderen Ländern und auch keine Bundespolizei nach Berlin geht, solange nicht klar ist, dass das für auswärtige Kräfte nicht gilt. Und die Berliner Polizisten tun uns einfach leid. Das sind alles Teile eines Puzzles. Am Ende entsteht ein Bild eines Staates, der sein Gewaltmonopol abgibt und damit seine Institutionen angreifbar macht. Das ist die bittere Wahrheit.

Ein Puzzlestück ist aber leider auch, wenn die Vorsitzende der SPD der Polizei pauschal ein latentes Rassismusproblem unterstellt. Bevor Sie sich aber aufregen – Sie werden sich gleich freuen: Ich bin den Kollegen der SPD hier im Landtag ausdrücklich und aufrichtig

dankbar, dass sie heute diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Denn es ist wichtig, dass wir hier heute zeitnah darüber debattieren.

Kollege Stoch, Ihre Ausführungen zeigen: Wir sind hier im Haus in den Einschätzungen insgesamt nah beieinander. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD: Der Appell im Titel Ihrer Debatte – Solidarität mit unserer Polizei – ist richtig, er ist bei der CDU aber nicht erforderlich. Ich vermute, er richtet sich eher an das Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Wir müssen die Hintergründe ermitteln, was am vergangenen Wochenende passiert ist. Da war zuerst von Partyszene und Langeweile nach Corona die Rede. Ich mag nicht glauben, dass Hunderte von Menschen auf Knopfdruck von Partystimmung in Bürgerkriegsmodus umstellen können. Das sieht eher nach Gewaltexzessen eingeübter Krawallmacher aus als nach Partygängern. Wir bitten die Landesregierung deswegen um umfassende Aufklärung, wer da alles zugange war, und vor allem, wer sich unter dieses Partyvolk gemischt hat.

Wir haben das Video von dem Polizisten gesehen, der von hinten angesprungen wurde. Meine Damen und Herren, solche Typen müssen die ganze Härte des Rechtsstaats spüren. Da brauchen wir Generalprävention. Bei der Strafverfolgung müssen jetzt harte Strafen ganz oben stehen, um Nachahmer abzuschrecken. Jugendliche Täter müssen geschnappt werden und müssen schnell die Antwort des Staates spüren. Deswegen ist es gut, dass ab jetzt das beschleunigte Verfahren nach der Strafprozessordnung auch von der baden-württembergischen Justiz angewandt wird.

Deswegen ist es gut, dass die Landesregierung gestern beschlossen hat, die Häuser des Jugendrechts im Land auszuweiten – in Stuttgart haben wir bereits eines. Schnelle Strafen nach den Taten – das ist die einzige Sprache, die diese Krawallmacher verstehen, meine Damen und Herren.

An die Stadt Stuttgart gerichtet, sage ich nur: Lassen Sie uns noch stärker zusammenarbeiten. Das Land bietet vielfache Instrumentarien an. Grün-Schwarz hat das Konzept „Sicherer öffentlicher Raum“ entwickelt, Kollege Schwarz. Da sehen wir Möglichkeiten. Wir haben viele Instrumente von Alkoholkonsumverbotszonen über Videoüberwachung und anderes mehr, um für sichere öffentliche Räume zu sorgen. Das muss gemeinsam mit der Stadt Stuttgart und Hand in Hand mit dem Land gemacht werden.

Meine Damen und Herren, unsere Polizei steht in der Mitte der Gesellschaft. Sie ist unparteiisch und weltoffen. Sie hat unsere Wertschätzung verdient. Für die CDU ist das seit jeher eine Selbstverständlichkeit.

Vielen Dank.